

Nationalbank soll mehr Macht erhalten

BANKWESEN Vollgeldreform heisst das Rezept, mit dem die Lehren aus der Finanzkrise gezogen werden sollen. Die Banken werden daran wenig Freude haben.

BALZ BRUPPACHER
balz.bruppacher@luzernerzeitung.ch

Eigentlich müsste sich die Nationalbank freuen: Für einmal gibt es keine Prügel wegen angeblicher Vernichtung von Volksvermögen. Der Verein Monetäre Modernisierung (MoMo) möchte der Notenbank vielmehr zurückgeben, was ihr laut Gesetz ohnehin zusteht: das staatliche Geldmonopol. Was harmlos tönt, würde die heutige monetäre Ökonomie aber auf den Kopf stellen.

Dennoch wollen sich die Promotoren der Schweizer Vollgeldreform nicht einfach als Utopisten oder gar als Sektierer abstempeln lassen. Zu ihnen gehören die emeritierten HSG-Professoren Hans Christoph Binswanger, Philippe Mastronardi und Peter Ulrich. Sie sitzen im Beirat des Vereins, in dessen Vorstand auch Vertreter der bürgerlichen Parteien FDP und SVP sitzen.

Umstrittenes Kreditgeschäft

Das Grundproblem der jetzigen Geldordnung sehen die Initianten in der privaten Geldschöpfung der Banken durch die Kreditvergabe. Denn jedes Mal, wenn eine Bank einen Kredit gewährt, entsteht gleichzeitig auch ein Bankguthaben. Ein Kredit wird nämlich zunächst einfach dem Konto des Kreditnehmers gutgeschrieben. In ihrem Streben nach Profit produzierten die Banken auf diese Weise zu viel Geld,

förderten die Spekulation und beschwören so immer wieder neue Finanzkrisen herauf, erklären die Anhänger der Vollgeldreform.

Die Vorteile der Geldschöpfung seien weitgehend privatisiert, bestünden doch heute 85 Prozent der gesamten Geldmenge aus Krediten beziehungsweise aus Sichtguthaben auf Girokonten, das heisst aus Buchgeld. Die damit verbundenen Risiken und Lasten würden aber der Allgemeinheit aufgebürdet, weil der Staat im Krisenfall stets mit enormen finanziellen Mitteln einspringen müsse. Die monetären Modernisierer wollen deshalb das Privileg der privaten

Geldschöpfung durch die Banken abschaffen. Diese sollen Kredite nur noch in jenem Umfang gewähren können, in dem sie über Zentralbankgeld, oder eben Vollgeld, verfügen.

Die Reform wird über eine Verfassungsänderung mit drei Elementen angestrebt. Erstens soll dem Bund die Aufgabe übertragen werden, für einen funktionierenden Finanzmarkt zu sorgen. Dabei kann er vom Grundsatz der

Wirtschaftsfreiheit abweichen. Zweitens ist vorgesehen, das staatliche Geldmonopol auf alle Zahlungsmittel und explizit auch auf Buchgeld auszudehnen. Und drittens soll die Nationalbank gestärkt und zu einer unabhängigen und allein dem Gemeinwohl verpflichteten vierten Staatsgewalt werden: Der Monetative, die neben Legislative, Exekutive und Judikative zu etablieren wäre.

Von einem derartigen Umbau der Geldordnung versprechen sich die Initianten auch einen Abbau der Staatsschulden, eine Entlastung des Sozialstaats und eine Senkung der Steuern.

Das Too-big-to-fail-Problem wäre ebenfalls gelöst.

Anlehnung an Freigeldtheorie

Mit Blick auf die Lancierung einer Volksinitiative sucht der Verein nun Unterstützung bei Parteien und Nichtregierungsorganisationen. Zu den Promotoren gehört die Initiative für natürliche Wirtschaftsordnung, aus deren Kreis auch der Tauschkreis Talent entstanden ist. Das Gedankengut lehnt sich an die Anfang des letzten Jahrhunderts aufgekommene Freigeldtheorie an. Sie sah das Grundübel der Geldwirtschaft in der Koppelung von Geld, Schuld und Zins und wollte dafür sorgen, dass Geld nicht gehortet, sondern stets in Umlauf gesetzt wird.

Die etablierte Ökonomie scheint die Vollgeldreformisten nicht für voll zu nehmen. «Man kann das Rad der Zeit nicht mehr zurückdrehen», sagt Boris Zürcher, Vizedirektor von Avenir Suisse. «Wir sind nun einmal in einer monetären Ökonomie. Da gilt es, gewisse Spielregeln einzuhalten.» Bei den Vertretern dieser Ideen, die sich auf die Freigeldtheorie stützen, handle es sich um Esoteriker und Wachstums skeptiker.

«Zu abenteuerlich»

Nichts hält auch der Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Daniel Lampart, von den Plänen für eine Vollgeldreform. Zum einen sei die Finanzkrise nicht durch die Geldschöpfung des Finanzsektors ausgelöst worden, so Lampart. Zum anderen seien bei den auf der Freigeldtheorie aufbauenden Vorschlägen grösste Probleme für die Geldmengensteuerung der Nationalbank zu befürchten. Lampart: «Das sind abenteuerliche Pläne.»

HINWEIS

► Mehr zum Thema: www.monetative.ch; www.inwo.ch; www.talent.ch ◀



Sie soll zur vierten Gewalt werden: die Schweizerische Nationalbank.
Reuters/Pascal Lauener

«Wir wollen bereit sein, bevor die nächste Finanzkrise kommt»

Philippe Mastronardi, Sie sind der Vater des Verfassungsartikels für die Vollgeldreform. Wann wird die Initiative gestartet?

Philippe Mastronardi *: Es gibt keinen konkreten Zeitplan. Dem Verein Monetäre Modernisierung, dessen wissenschaftlichem Beirat ich angehöre, geht es darum, eine Plattform zu schaffen und das Gespräch mit weiteren Leuten zu suchen. Wir wollen bereit sein, bevor die nächste Finanzkrise kommt.



«Das bisherige Aufsichtsmodell hat versagt.»

PHILIPPE MASTRONARDI

Sie brauchen eine neue Finanzkrise als Katalysator?

Mastronardi: Ich hoffe nicht, dass ein finanzielles Fukushima nötig ist, um den angestrebten Paradigmenwechsel herbeizuführen. Aber man kann sich vorstellen, mit welcher Macht sich die Banken einem solchen Wandel entgegenstellen werden.

Sie streben einen Paradigmenwechsel auf dem Finanzmarkt an. Betrachten Sie die Too-big-to-fail-Vorlage nicht als einen Schritt in diese Richtung?

Mastronardi: Ich will die Too-big-to-fail-Vorlage nicht schlechtmachen. Auch wenn sie kein grundsätzliches Umdenken einleitet, hoffe ich, dass das Parlament der Vorlage des Bundesrats zustimmt. Die Vollgeldreform hat aber einen anderen Ansatz: Sie will die Geldversorgung zu einem öffentlichen Gut machen und den Service public auf dem Finanzmarkt

etablieren. Das bisherige Aufsichtsmodell hat versagt.

Die Kreditgewährung soll zur Staatsaufgabe werden?

Mastronardi: Sicher nicht! Es geht nicht um eine Verstaatlichung der Banken. Die Banken können weiterhin Kredite gewähren. Aber sie sollen die Kredite nicht aus dem Nichts schöpfen können. Die Finanzbranche erhält einen Leistungsauftrag, ähnlich wie die Kantonalbanken heute.

Die Umsetzung Ihrer Pläne würde aber sicher zu einer Redimensionierung des Finanzplatzes und zum Verlust von Arbeitsplätzen führen.

Mastronardi: Es gibt sicher Veränderungen. Aber es gibt auch Effekte, von denen die Banken profitieren können. Die Stabilität verbessert sich. Auf dem Markt gibt es genügend Nachfrage nach seriös gesichertem Geld. Konkurse von Banken mit Leistungsauftrag wird es kaum mehr geben. Für das Vermögensverwaltungsgeschäft ist das eine interessante Entwicklung.

Sie wollen der Nationalbank neue Kompetenzen geben. Ist das nicht ein Widerspruch, wenn man sieht, dass ein hoher Jahresverlust genügt, um die Notenbank zum Gegenstand politischer Polemik zu machen?

Mastronardi: Gerade deshalb soll die Unabhängigkeit der Nationalbank gestärkt werden. Das Ziel ist, aus der Nationalbank eine vierte Staatsgewalt zu machen, die Monetative. Sie wird die gleiche Unabhängigkeit erhalten wie das Bundesgericht.

Und wer wählt die Organe?

Mastronardi: Diese Frage soll im Gesetz geregelt werden. Wichtig ist, dass insgesamt der Vorrang der Demokratie vor der Wirtschaftsmacht im Finanzbereich durchgesetzt wird.

INTERVIEW BALZ BRUPPACHER
balz.bruppacher@luzernerzeitung.ch

HINWEIS

► * Philippe Mastronardi ist Professor für öffentliches Recht an der Universität St. Gallen. ◀

ANZEIGE



Irrtum Nr. 3:

«Auf Schadstoffe habe ich keinen Einfluss.»

Fakt ist: Jede Verbrennung von Treibstoff verursacht Schadstoffe – aber nicht jede gleich viele. BP Ultimate Diesel zum Beispiel verursacht im Schnitt 35,3% weniger unverbrannte Kohlenwasserstoffe und über 22,8% weniger Kohlenmonoxid im Vergleich zu gewöhnlichem Treibstoff. Mehr dazu unter www.bpultimate.ch oder bei den meisten BPTankstellen.

Saubere Motoren, saubere Leistung.

